

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuß

54. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Juli 1999, 14:15 Uhr,
im Sitzungszimmer der SPD-Fraktion

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Fleskes (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Jost de Jager (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Vorsitzender

in Vertretung von Hermann Benker

Fehlende Abgeordnete

Kläre Vorreiter (CDU)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch über die Lage der Technischen Fakultät mit dem Rektor der CAU, Prof. Dr. Haensel, und dem Dekan der Technischen Fakultät, Prof. Dr. Heute	4
Umdruck 14/3293	
2. Weiterentwicklung der Musikhochschule Lübeck	6
Umdrucke 14/3554, 14/3560	
(siehe Niederschrift über die 51. Sitzung am 17. Juni 1999)	
3. Schreiben der Initiative „Eltern gegen Unterrichtsausfall“	7
Umdruck 14/3437	
(siehe Niederschrift über die 48. Sitzung am 22. April 1999)	
4. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:15 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch über die Lage der Technischen Fakultät mit dem Rektor der CAU, Prof. Dr. Haensel, und dem Dekan der Technischen Fakultät, Prof. Dr. Heute

Umdruck 14/3293

Prof. Dr. Haensel macht eingangs deutlich, daß die Universität hinter der Technischen Fakultät stehe und sie nach Kräften unterstütze, daß sie allerdings keine Möglichkeit habe, aus dem Haushalt der Universität Mittel auf die Technische Fakultät - und damit zu Lasten anderer Fakultäten - umzuschichten.

Prof. Dr. Heute schließt seinen Vortrag über die Entwicklung der Technischen Fakultät (Umdruck 14/3293, siehe Anlage) mit der Bitte an den Bildungsausschuß beziehungsweise Haushaltsgesetzgeber ab, die Mittel für die Technische Fakultät um mindestens 1 Million DM aufzustocken - der tatsächliche Fehlbedarf für die Stellenfinanzierung liege bei 2,8 Millionen DM -, um das attraktive TF-Konzept wenigstens in der noch unter dem Minimalplan liegenden Form zu retten. Gemeinsam mit dem Informatikprofessor Dr. Kandzia, dem Prodekan der Technischen Fakultät, weist er darauf hin, daß die Studierendenzahlen in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern in den letzten Jahren auf ein Drittel zurückgegangen und in der Technischen Fakultät vor allem die Lehrstühle in theoretischer und technischer Informatik nicht besetzt seien.

Abg. Dr. Klug wirft die Frage nach der Verlässlichkeit und dem eigenverantwortlichen Umgang mit einem von der Landesregierung der Hochschule - hier der TF - übertragenen Globalbudget auf.

Prof. Dr. Haensel teilt mit, daß das Ministerium zwar die Entscheidung über die Dotierung von Professorenstellen zukünftig der Universität überlassen werde, bei der Besetzung von Professuren aber immer das letzte Wort behalten werde.

Abg. Weber würdigt die vielfältigen Maßnahmen der Technischen Fakultät zur Stärkung des eigenen Profils, die auch zu einer Steigerung der Studierendenzahlen und damit besseren Ausnutzung der Ressourcen führen müßten.

Prof. Dr. Heute weist auf die besonderen Werbeanstrengungen der Technischen Fakultät, zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Schulen, hin.

Auf Fragen von Abg. Fröhlich erwidert Prof. Dr. Haensel, die in der Vergangenheit nicht ausgeschöpften Mittel der Technischen Fakultät seien für die Finanzierung von Strukturveränderungen innerhalb der Universität verwendet worden (Physikzentrum, Institut der Geowissenschaften). Das Übergewicht von C 4-Stellen, insbesondere an der Theologischen Fakultät und der Juristischen Fakultät, sei ein bundesweites Phänomen, das nur ganz allmählich gemindert werde.

Auf Fragen der Abgeordneten de Jager, Dr. Klug und Fröhlich stellt der Rektor der CAU noch einmal klar, die Universität sehe sich vor dem Hintergrund der ungeklärten Haushaltslage und eines Haushaltsdefizits von 3 Millionen DM im laufenden Jahr gegenwärtig nicht in der Lage, Vorschlagslisten für die Berufung von Professoren auf die vakanten Stellen der Technischen Fakultät weiterzuleiten. Mit dem Globalbudget und den Zielvereinbarungen, die für mindestens drei Jahre gelten müßten, müsse sichergestellt sein, daß die Stellen der Universität tatsächlich ausfinanziert seien, um nicht auf Dauer mit einer Wiederbesetzungssperre von vier bis acht Monaten fahren zu müssen. Eine Mittelumschichtung von anderen Instituten beziehungsweise Fakultäten auf die Technische Fakultät sei nicht möglich, sofern sich die Universität ein Minimum an Gestaltungsspielraum für die Umsetzung von Innovationen erhalten wolle (zum Beispiel neue Studiengänge Biochemie, Wirtschaftschemie, Wirtschaftsingenieur oder Stellenpool für junge Habilitierte).

Der Prorektor der CAU, Prof. Dr. Bähr, weist abschließend darauf hin, daß es nicht darum gehe, die Unterfinanzierung der Technischen Fakultät nur 1999 auszugleichen, sondern dessen Finanzierung mittel- und langfristig zu sichern.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung der Musikhochschule Lübeck

Umdrucke 14/3554, 14/3560

(siehe Niederschrift über die 51. Sitzung am 17. Juni 1999)

St Dr. Stegner teilt in Ergänzung zu seinem Schreiben, Umdruck 14/3554, mit, daß die Possehl-Stiftung für die Einrichtung einer Fagott-Professur 300.000 DM auf drei Jahre verteilt zur Verfügung stelle, wenn das Land für den Stelleninhaber nach Auslaufen dieser Förderung eine Planstelle zur Verfügung stelle, wofür sich das Wissenschaftsministerium mit Nachdruck einsetzen werde. Außerdem gebe es Bestrebungen, im Bläserbereich weitere Stiftungsprofessuren einzurichten. Mit Blick auf den Haushalt 2000, die Globalisierung des Hochschulhaushalts und die Novellierung des Hochschulgesetzes äußert sich der Staatssekretär optimistisch, dem berechtigten Ansinnen der Musikhochschule gerecht zu werden. Man sei zuversichtlich, daß die im Schreiben der Musikhochschule, Umdruck 14/3560, genannten Künstler, mit denen man im Gespräch stehe, nicht aus Schleswig-Holstein abwanderten.

Abg. Schwarz wünscht sich ein Signal, um der seit 1973 im Aufbau befindlichen Musikhochschule eine verlässliche Zukunftsperspektive zu bieten und damit sowohl das renommierte Künstlerehepaar Meyer-Wehle als auch Prof. Wetz in Lübeck halten zu können. Die Abgeordnete weist darauf hin, daß von den notwendigen 56 Planstellen nur 36 vorhanden seien und der Anteil ausländischer Studierender an der Musikhochschule 40 % betrage.

Auch Abg. Weber würdigt die Arbeit der Musikhochschule, sieht allerdings angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen wenig Chancen, das Tempo des Ausbaus der Musikhochschule zu forcieren.

Nach den Worten des Kanzlers der Musikhochschule, Herrn Claußen, geht es konkret um einen zusätzlichen Finanzbedarf von insgesamt 400.000 DM innerhalb der nächsten drei Jahre, um die Bläser-Dozenten in Lübeck zu halten (Umdruck 14/3560).

Punkt 3 der Tagesordnung:

Schreiben der Initiative „Eltern gegen Unterrichtsausfall“

Umdruck 14/3437

(siehe Niederschrift über die 48. Sitzung am 22. April 1999)

St Dr. Stegner korrigiert zunächst die in Umdruck 14/3437 im vorletzten Absatz genannte Zahl (4.680 DM statt 468.000 DM) und führt sodann unter Hinweis auf den Bericht der Landesregierung über Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall, Drucksache 14/2029 aus, wengleich Schulen beziehungsweise Schulleiter in den meisten Fällen relativ schnell auf Unterrichtsausfall reagierten, werde Unterrichtsausfall aus verschiedenen Gründen nie in toto vermieden werden können (Nachfrage bestimmter Fächerkombinationen, Verhalten der Schulleiter). Er äußert sich zuversichtlich, daß die Stundengebermittel im Haushalt 2000 nicht verringert, sondern eher erhöht würden. Der Staatssekretär wehrt sich dagegen, bekanntgewordene Einzelfälle von überproportionalem Unterrichtsausfall mit dem durchschnittlichen Unterrichtsausfall gleichzusetzen, der in den letzten Jahren ohne nennenswerte Schwankungsbreite durchschnittlich 4,9 % betragen habe.

Während Abg. Schröder darum bittet, bei Maßnahmen zur Vermeidung von Unterrichtsausfall schulartübergreifende Hilfen zu unterstützen und besonderes Augenmerk auf sensible Bereiche wie Berufsschule und Gymnasien (zum Beispiel Orientierungsstufe) zu richten, lenkt Abg. Fröhlich den Blick auf Hauptschulen und Grundschulen und wirft außerdem - unterstützt von Abg. Röper - die Frage auf, ob die statistische Erhebung von Unterrichtsausfall eine Woche im Jahr in drei Kreisen tatsächlich ausreichend sei.

St Dr. Stegner spricht sich gegen eine Erweiterung der schulstatistischen Erhebungen aus und möchte die zur Verfügung stehenden knappen Ressourcen vordringlich zur Minimierung des Unterrichtsausfalls und damit zur Optimierung der Unterrichtsversorgung einsetzen.

Abg. Röper bittet um eine Aufschlüsselung der 1998 in die einzelnen Bereiche geflossenen Stundengebermittel.

Auf eine Frage von Abg. Schröder teilt St Dr. Stegner mit, die Überarbeitung des Erlasses über Zeiten nichterteilten Unterrichts stehe unmittelbar vor der Veröffentlichung. Die verbindlichen

Regelungen für den ersten und letzten Schultag würden aufgehoben und der Eigenverantwortung der einzelnen Schulen überlassen.

Abg. de Jager möchte wissen, ob der Landesrechnungshof die Fahrt zur Wehrmachtsausstellung im Landeshaus als Unterrichtsausfall werte oder vielmehr den durch die Abwesenheit der Lehrkraft an der Schule entstehenden Unterrichtsausfall.

St Dr. Stegner räumt ein, daß der Umfang von Unterrichtsausfall, zum Beispiel durch solche Veranstaltungen, vom Landesrechnungshof, vom Deutschen Institut der Wirtschaft und von der Landesregierung unterschiedlich definiert werde (vgl. Drucksache 14/2029). Eine Frage von Abg. Fröhlich nach Arbeitsergebnissen der zur Neubestimmung der Lehrerarbeitszeit eingesetzten Kommission beantwortet er dahin, mit Blick auf die auch durch die Aktion zur Verbesserung des Lehrerbildes in der Öffentlichkeit ausgelöste Motivation der Lehrkräfte sollten möglichst wenig administrative Zwänge ausgeübt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf eine Frage von Abg. Schwarz stellt St Dr. Stegner klar, daß sich die von der Ministerin auf einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion am 25. Juni in Husum gemachten Äußerungen zur Zukunft des Landesmuseumsamts auf eine Optimierung des Museumswesens - insbesondere der kleinen Museen -, an der das Landesmuseumsamt maßgeblich beteiligt sei, bezogen hätten.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

gez. Ole Schmidt

